

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/217

Bonn, den 14. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>B R Ü S S E L</u>	40
	Zur NATO-Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister	
2 - 3	<u>Pressekonzentration...</u>	65
	... und was die Regierung des Saarlandes davon hält	
	Von Alwin Brück, MdB, Saarbrücken	
3	<u>Ein trauriger Weltrekord</u>	28
	0,8-Promille-Grenze - ein Gesetz gegen Autofahrer?	
4 - 5	<u>Wendepunkt noch nicht erreicht</u>	63
	Rückschlag für die Labour-Party	
	Von Hans Joachim Werbke, London	
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u>	
	Nach 15 Jahren unterschriftsreif	
	Die Bundesrepublik will dem internationalen Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau vom 31. März 1953 beitreten	
	Kurzmeldungen	

* * *

BRÜSSEL

Zur NATO-Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister

sy - Wieder einmal muß die NATO-Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister versuchen, das Bündnis der westlichen Welt aktionsfähig zu erhalten und gleichzeitig die Tür zu möglichen Entspannungsmaßnahmen offen lassen. In diesem Jahr ist dies komplizierter denn je, weil nach den Ereignissen in der UdSSR alle früheren Bemühungen um einen Stop des Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West einen Rückschlag erlitten haben.

Schon heute dürfte feststehen, daß sich die NATO-Partner am Ende der Brüsseler Tagung gegenseitig versprechen werden, Unterlassungen und Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Von amerikanischer Seite war in Vorgesprächen zu hören, daß die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa zu einem guten Teil von der Fähigkeit und Bereitschaft der europäischen Bündnispartner abhängig sei, auch ihrerseits früher gegebene Zusagen einzuhalten. Unter den gegebenen Umständen bezieht sich dieser Hinweis nicht allein - wie oft fälschlicherweise angenommen wird - auf die Bundesrepublik.

Nachdem England den größten Teil seiner militärischen Aktivitäten in Asien und Südostasien aufgegeben hat, können die Briten sich stärker auf ihren Beitrag für die Sicherheit Europas konzentrieren. Dies bezieht sich aber weniger auf die Rückkehr der Truppen in die Bundesrepublik als vielmehr auf die Erhöhung der britischen Einsatzfähigkeit in Falle einer nuklearen Auseinandersetzung und auf die Stärkung der britischen Flottenpräsenz im Mittelmeer.

Frankreich, das wiederholt durch den Mund seines Staatspräsidenten versichert hat, es stehe im Ernstfall an der Seite der westlichen Allianz, sieht auch nach den Ereignissen in der UdSSR offenbar keinen Grund für eine militärische Mitarbeit im Rahmen der Allianz schon zu Friedenszeiten. In Griechenland und in der Türkei tragen die Amerikaner die Hauptlast des militärischen Beitrags dieser beiden Länder zur NATO. Die skandinavischen NATO-Partner Dänemark und Norwegen sind bereit zu neuen Anstrengungen; dagegen wird in Kanada immer wieder die Frage aufgeworfen, ob man in der NATO verbleiben soll oder nicht.

Bundesaußenminister Brandt und Verteidigungsminister Schröder haben unter den hier geschilderten Umständen keine leichte Aufgabe. Die Bundesrepublik Deutschland steht zu den im Rahmen der NATO übernommenen Verpflichtungen. Sie ist aber nicht bereit, sich an die Spitze eines vielleicht von dem einen oder anderen NATO-Partner gewünschten Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West zu stellen. Dieser Grundsatz bestimmt auch ihr Bemühen, trotz aller Spannung zwischen Ost und West keine Chance auszulassen, um an Projekten zu einem gleichwertigen und gleichzeitigen Rüstungsabbau führend mitzuarbeiten.

Pressekonzentration...

... und was die Regierung des Saarlandes davon hält

Von Alwin Brück, MdB, Saarbrücken

Alle sprechen von der Pressekonzentration; nur die Regierung des Saarlandes nicht. Für sie besteht dieses Problem nicht. Zu dieser Ansicht muß man gelangen, wenn man den Brief liest, den der saarländische Justizminister im Auftrag des Ministerpräsidenten an den Deutschen Journalistenverband geschrieben hat.

In diesem Brief geht es um das Schicksal der "Saarbrücker Zeitung", mit einer Auflage von über 165 000 Exemplaren die dominierende Tageszeitung in Saarland. Vor der Rückgliederung des Saarlandes unter französischem Einfluß wurden 1956 im Zusammenhang mit dem Saarvertrag die Geschäftanteile vorerst auf die Landesregierung übertragen. Schon damals aber wurde vereinbart, daß das keine endgültige Lösung sein sollte. Seit einigen Monaten wird jetzt unter Politikern und Journalisten im Saarland über die Reprivatisierung des Verlages gesprochen, nachdem ein Plan der Landesregierung in die Öffentlichkeit gedrungen war, die Anteile an fünf Banken zu verkaufen: an die Landesbank und Girozentrale, die Deutsche Bank und die Bank für Gemeinwirtschaft, die bisher die Anteile des Landes treuhänderisch verwalteten, sowie die Röchlingbank und die Zentralkasse saarländischer Genossenschaften. Warum die beiden letzten Banken hinzugenommen werden sollten, wird deutlich, wenn man weiß, daß bei beiden führende CDU-Politiker entscheidenden Einfluß ausüben.

Diese Vorstellungen der Regierung stießen auf den Widerstand der SPD und des saarländischen Journalistenverbandes. Beide sähen es lieber, wenn aus der "Saarbrücker Zeitung" eine Stiftung entstünde. Eine Weile sah es so aus, als ob auch in Kreisen der CDU diese Vorstellungen Anhänger gewonnen hätten, obwohl durchgesickert war, daß inzwischen auch mehrere große deutsche Zeitungsverlage der saarländischen Regierung Kaufangebote unterbreitet haben.

Der saarländische Justizminister, der bis vor kurzem Chef der Staatskanzlei war und sich daher mit dem Problem der "Saarbrücker Zeitung" auch noch jetzt beschäftigt, hat nun in seinem Brief an den Deutschen Journalistenverband den Anhängern der Stiftung eine kalte Dusche verpaßt. "In Anbetracht der in Fachkreisen geltend gemachten Vorbehalte ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Landesregierung zur Errichtung einer Stiftung entschließen wird", schrieb der Minister in seinem Brief. Er bestätigte auch, daß mehrere Verlage, u.a. auch der der "Rheinpfalz" in Ludwigshafen, Angebote unterbreitet haben und er beauftragt sei, in Verhandlungen zu klären, wie diese "Angebote zu verstehen und zu bewerten sind". Nach Auffassung des Justizministers sind sich alle "maßgebenden politischen Gruppen im Saarland einig, daß das Land in der gegenwärtigen Situation nicht in der Lage ist, ein Vermögen dieses Umfanges unentgeltlich in eine Stiftung einzubeziehen".

Seltsamerweise zählt der Justizminister die SPD, die mit 24 von 50 Mandaten im Landtag vertreten ist, nicht zu den maßgebenden politischen Gruppen, denn sie ist nach wie vor für die Umwandlung der "Saarbrücker Zeitung" in eine Stiftung.

Der Brief des Justizministers an den Deutschen Journalistenverband macht damit deutlich, daß die Landesregierung sehr stark aus haushaltspolitischen Motiven mit dem Verkauf der "Saarbrücker Zeitung" an einen anderen Verlag liebäugelt.

Abgesehen davon, daß der Verkauf der "Saarbrücker Zeitung" die sicher nicht rosige Haushaltssituation des Landes nicht grundlegend bessern könnte, ist es erschreckend, daß in der Verantwortung stehende Politiker angesichts der Sorgen, die man sich anderswo über die zunehmende Konzentration im Pressewesen macht, einen entscheidenden Beitrag zu dieser Pressekonzentration leisten wollen, indem sie eine große Zeitung an eine andere große Zeitung - neben der "Rheinpfalz" sollen auch noch Angebote der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" und des "Mannheimer Morgen" vorliegen - verkaufen wollen. Da hätte eine Landesregierung die Chance, auf dem Gebiet der Pressepolitik ein Beispiel zu setzen - und eine Stiftung wäre ein solches Beispiel -, aber sie denkt nur an die schlechte Haushaltslage des Landes. Leider sind in der Geschichte dieser Regierung kurzsichtige Entscheidungen keine Einzelferscheinung.

+ + +

Ein trauriger Weltrekord

0,8-Promille-Grenze - ein Gesetz gegen Autofahrer ?

sp - Nicht nur im Bundestag, auch in der Öffentlichkeit wird es noch heiße Debatten darüber geben, ob die Einführung der 0,8-Promille-Grenze für Autofahrer berechtigt ist. Ein entsprechender vom Bundesverkehrsminister **L e b e r** mit eindringlichen Zahlen begründeter Gesetzentwurf liegt dem Bundestag nun vor. Kritik hat es schon bei der ersten Lesung gegeben. Bisher lag die Grenze absoluter Fahruntüchtigkeit nach richterlicher Rechtsprechung bei 1,3 Promille. Ihre gesetzliche Fixierung auf 0,8 Promille wird auf viel Unwillen stoßen und auch Emotionen auslösen.

Doch die Befürworter können auf einen traurigen Weltrekord als überzeugendstes Argument hinweisen: Von allen autofahrenden Nationen steht die Bundesrepublik an der Spitze der durch Alkohol am Steuer verursachten tödlichen Unfälle. Im letzter Jahr gab es über 4 000 tödlich Verunglückte, täglich also 15 Tote, von den Schwer- und Leichtverletzten ganz abgesehen.

Ein angeheiteter Autofahrer läuft immer Gefahr, seine Selbstbeherrschung zu verlieren und andere zu gefährden, auch wenn er glaubt, er sei seiner sicher. Vielen wurde und wird diese Selbsttäuschung zum tödlichen Verhängnis und rissen andere Verkehrsteilnehmer mit hinein. Dem will nun das Gesetz, das übrigens andere Länder aufgrund trauriger Erfahrungen schon längst eingeführt haben, nun einigermaßen vorbeugen, indem es eine absolute Grenze der Fahruntüchtigkeit durch 0,8 Promille setzt. Wer diese Grenze überschreitet, soll wissen, was ihm erwartet, ohne daß sich erst die Gerichte um ein langwieriges Verfahren bemühen müssen.

Ein Gesetz gegen Autofahrer? Es ist ein Gesetz zum Schutz vor Unberechenbarem. Es gehört zu der Pflicht jeder Regierung, ihre Bürger vor tödlichen Gefahren zu bewahren und jene in die Schranken zu verweisen, die diese Gefahren durch Leichtsinns und Übermut verursachen.

+ + +

- 4 -

Wendepunkt noch nicht erreicht

Rückschlag für die Labour-Party

Von Hans Joachim Werbke, London

Das "Wunder" ist nicht eingetreten. Im Sommer, kurz vor den Parlamentsferien, hatte es den Anschein, als wende sich Labours Blatt. Voller Optimismus gingen die Abgeordneten der Regierungspartei in die Sommerferien, die Tories machten lange Gesichter. Die Handelszahlen verbesserten sich, die Arbeitslosigkeit hielt sich in Grenzen. Die Meinungsforscher meldeten für Labour einen positiveren Trend. Der Führungsvorsprung der Konservativen verringerte sich auffallend. Der Durchbruch schien erreicht.

Dann kam Bassetlaw, der Wahlkreis im Bergbaugebiet nördlich von Nottingham. Hier mußte nachgewählt werden, weil Attlees Heeresminister von 46/47, Fred Bellenger, verstorben war. Eine Generation lang hielt Bessenger Labour den Wahlkreis mit Mehrheiten von 7 000 bis 10 000, ein "sicherer" Sitz also. Um ihn sich zu erobern, hätten die Tories einen Umschwung zu ihren Gunsten in der Größenordnung von 11,6 Prozent benötigt. Wie es sich zeigte, kamen sie diesem Ergebnis gefährlich nahe. Die 0,8 Prozent, die ihnen fehlten, sicherten Labour den Sitz wiederum; aber Jo Ashton, der Sieger, kann nur noch auf eine Mehrheit von 740 zählen - ein "Eröhof" wurde zu "schwankem Grund". Die Apathie der Labourwähler ist noch nicht überwunden.

Dabei hatte die Thronrede am Tag vor der Wahl den "New Look" der Labourregierung doch wieder hübsch herausgestellt. Senkung des Wahl- und Mündigkeitsalters auf 18 Jahre, Reform des Oberhauses, Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung des zentralstaatlichen Verfassungskonzepts im Hinblick auf größere Selbständigkeit der Landesteile, Reformierung des Justizwesens, Modernisierung der Stadt- und Landplanung, Überholung der Sozialversicherung durch Anpassung der Unterstützungen an den Verdienst - all dies (die außenpolitischen Ziele der Regierung einmal nicht in Betracht gezogen) ist doch wie geschaffen, an die

Wählerschaft zu appellieren. Nun, vielleicht braucht es Zeit, bis sich die Wirkungen der vorgesehenen Gesetzesmaßnahmen einstellen.

In der Luft lag - und am Tag nach der Wahl in Bassetlaw wurde es offiziell - eine neuerliche Beschneidung der Kaufkraft. Die Ratenzahlungen für den größten Teil von Konsumgütern, von den Autos bis zu Waschmaschinen, wurden erheblich erschwert. Dieser Schritt erwies sich als notwendig, weil die englische Bevölkerung trotz des unermeßlich harten Budgets vom März noch immer viel zu viel Geld in der Tasche hat. Nach der Pfundabwertung vom November letzten Jahres wartete Schatzkanzler Jenkins zu lange mit der Drosselung des heimischen Verbrauchs. So zog sich bis weit in den Sommer hinein und jedenfalls länger, als es die Wirtschaftsexperten errechnet hatten, ein Binnenmarkt-Boom hin, der die Zahlungsbilanz mit den entsprechend hohen Einfuhrzahlen nicht aus dem Roten brachte.

Noch immer sitzen vielen Briten die Pennies zu locker. Das ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Preis- und Einkommenspolitik, die vom Gewerkschaftskongreß und vom Parteitag so heftig angegriffen wurde. Relative Preisstabilität und eine nicht allzu exzessive Lohnbewegung haben den Boom nicht abklingen lassen. Da Weihnachten vor der Tür steht und das Geschäft sich bereits zu beleben beginnt, mußte der Schatzkanzler handeln. Er gewann das Kabinett für die Heraufsetzung des Ratenkreditwesens. Aber populär ist natürlich der erneute Beweis für die Verkennung der Finanzentwicklung unter dem Labourregiment nicht. Freilich ist es scheinheilig von den Tories, Zeter und Mordio zu schreien und die Labourminister als unaufrichtige Lügenbolde hinzustellen, die vor der Nachwahl beruhigende Erklärungen abgegeben hätten und hinterher die Katze aus dem Sack ließen.

Das unselige Riesendefizit, das sie 1964 Labour als Erbe hinterließen zusammen mit den vielen unerledigten öffentlichen Aufgaben, die notwendigerweise die öffentlichen Ausgaben beanspruchen, bleibt ja die Wurzel allen Übels für Labour.